

Großdemo in Dresden

10.000 Menschen protestieren gegen Sozialabbau

Mit einem Sternmarsch und einer Großkundgebung hat das Bündnis "Mehr Wert" am Mittwoch in Dresden gegen die Sparpläne der Landesregierung protestiert. Polizei und Veranstalter berichteten übereinstimmend von etwa 10.000 Demonstranten, darunter 4.500 Studenten. Eine Sprecherin der Polizei sagte dem MDR, größere Zwischenfälle gab es nicht. Zwei Personen, die eine Absperrung zum Landtag überklettert hatten, wurden des Platzes verwiesen. An der Demonstration beteiligten sich neben den Studenten auch Gewerkschafter, Lehrer, Polizisten und Abgeordnete der Oppositionsparteien. Sie zogen auf drei verschiedenen Routen durch die Innenstadt zur Abschlusskundgebung vor den Landtag. Mehrere Redner forderten dort die CDU/FDP-Regierung auf, nicht länger an den Plänen festzuhalten.

Das Bündnis hatte die Demonstration unter das Motto "Wir sind mehr wert – wer heute kürzt, zahlt morgen drauf" gestellt. "Es sind die massivsten Kürzungen seit 20 Jahren. Dagegen müssen wir uns gemeinsam wehren", erklärten die Organisatoren im Vorfeld der Großdemo. Sie sehen in den geplanten Sparvorhaben im Sozial- und Bildungsbereich die Gefahr einer höheren Arbeitslosenquote sowie von mehr Kriminalität und Rechtsextremismus. Dem Bündnis gehören Oppositionsparteien SPD, Grüne und Linke, die Gewerkschaften der Polizei sowie Erziehung und Wissenschaft, mehrere Hochschulvereinigungen und der Landesarbeitskreis Mobile Jugendarbeit an.



10.000 Menschen haben vor dem Landtag gegen die sächsischen Sparpläne protestiert.

Harsche Kritik von Polizei am "Streichkonzert"

Ver.di-Landesbezirkschef Thomas Voß sagte auf der Kundgebung, das gnadenlose Streichen von Investitionen drohe die wachsende Konjunktur abzuwürgen. Trotz geringerer Einnahmen müsse in zukunftsträchtige Bereiche investiert werden. Die Deutsche Polizeigewerkschaft bedankte sich sarkastisch für das gestrichene Weihnachtsgeld. Landesvorsitzender Frank Conrad: "Endlich ist unseren Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten deutlich geworden, welche Wichtigkeit die Polizei im Freistaat Sachsen hat." Bereits vor der Demo bezeichnete die Gewerkschaft die Sparbeschlüsse als "Unverschämtheit gegenüber den Bürgern". Durch den geplanten Abbau von insgesamt 3.500 Stellen gebe es Schließungen von ganzen Dienststellen und einen Rückzug der Polizei aus der Fläche. Die Bürger seien die Leidtragenden.

Vielfalt im Theater Plauen-Zwickau in Gefahr

Der Beamtenbund kritisierte die Streichung des Weihnachtsgeldes als populistisch und demotivierend. Günter Steinbrecht vom Beamtenbund warf die Frage auf, ob die Abgeordneten des Landtags bereit wären, auf die Diätenerhöhung des vergangenen Jahres zu verzichten. Der Kultursenat kritisierte die Kürzung von Geldern für Musikschulen. Damit drohten teurere Unterrichtsstunden und Einschnitte bei der Begabtenförderung. Durch geringere Kulturraum-Mittel müsse das fusionierte Theater Plauen-Zwickau beispielsweise um einzelne Sparten fürchten.

Mehr zum Thema

Wo Sachsen konkret sparen will

